

# Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.30 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4935

Berlin, 3. November 1932 • 45. Jahrg. • Nr. 44

## Um unser Schicksal

In wenigen Tagen entscheidet das Volk über die Zusammensetzung des Reichstages. Wiederum hat es zu bestimmen, ob mit der Leitung der Regierung Arbeiterfeinde aus dem Lager der Reaktion beauftragt oder dazu Männer berufen werden, die als Schützer der republikanischen Reichsverfassung nach demokratischen Grundsätzen die Geschicke des Staates leiten. Was eintreten wird, wenn Gegner der Republik aus den Wahlen hervorgehen, darüber weiß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin Bescheid. Sie können ein Lied davon singen, seitdem Freiherren und Barone das Staatssteuer in Händen haben. In diesen wenigen Monaten mußte die Arbeiterschaft ungeheuerliche Regierungsmaßnahmen auf sich nehmen. Die Sozialunterstützung der Arbeitslosen wurde so niedrig geschraubt, daß sie zu einem menschenwürdigen Dasein nicht mehr ausreicht. Die Renten der Kriegsbeschädigten, der Invaliden und alten Arbeiter wurden so stark gekürzt, daß in diesen Kreisen unsägliche Not und Elend herrscht.

So war es in allen Zeiten, daß den Aermsten der Armen noch das Wenige genommen wurde, wenn die Gegner der werktätigen Menschen am Ruder sind. Sehen wir uns die Kehrseite an. Wir können dann feststellen, daß der reichen Schicht mit offenen Händen gegeben wurde. Milliarden-geschenke flossen der Landwirtschaft zu. Die Einfuhr billiger Lebensmittel aus andern Ländern, wo sie in Hülle und Fülle vorhanden sind, wurde durch die Errichtung immer höherer Zollmauern abgeriegelt. Dadurch wurde dem Großgrundbesitzer die Möglichkeit gegeben, seine Produkte zu unerhört hohen Preisen abzusetzen. Wir sehen bereits die Folgen dieser wahn-sinnigen Politik. Deutschland ist auf dem besten Wege vom Weltmarkt vollständig ausgeschaltet zu werden. Handel und Wandel mit dem Auslande sind fast vollständig unterbunden. Alle Länder, denen durch die hohen Zollmauern die Einfuhr der landwirtschaftlichen Produkte unmöglich gemacht wurde, verhängen den Boykott über deutsche Industriewaren. Wir sind durch die famose Wirtschaftspolitik der Regierung soweit gekommen, daß die Ausfuhr deutscher Waren fast vollständig unterbunden ist.

Statt einer Belebung der Wirtschaft ist ein noch tieferer Absturz zu verzeichnen. Das Millionenheer der Arbeitslosen hat noch keinen Rückgang aufzuweisen. Auch das Geschenk von über 2 Milliarden, die den Unternehmern für die Einstellung von Arbeitskräften zufließen, verpufften. Es müßte auch mit sonderbaren Dingen zugehen, wenn die Wirtschaftskrise mit Verordnungen beseitigt werden könnte. Wer aber glaubt, daß eine Belebung der Wirtschaft nur auf Kosten der Arbeiterschaft erfolgen kann, der befindet sich im Irrtum. Jede Regierung wird daran scheitern. Wenn die Freiherren und Barone ihre Irrwege nicht erkennen und glauben, nach dem Rezept aus der Kaiserzeit der Kapitalistenklasse zum Wiederaufstieg zu verhelfen,

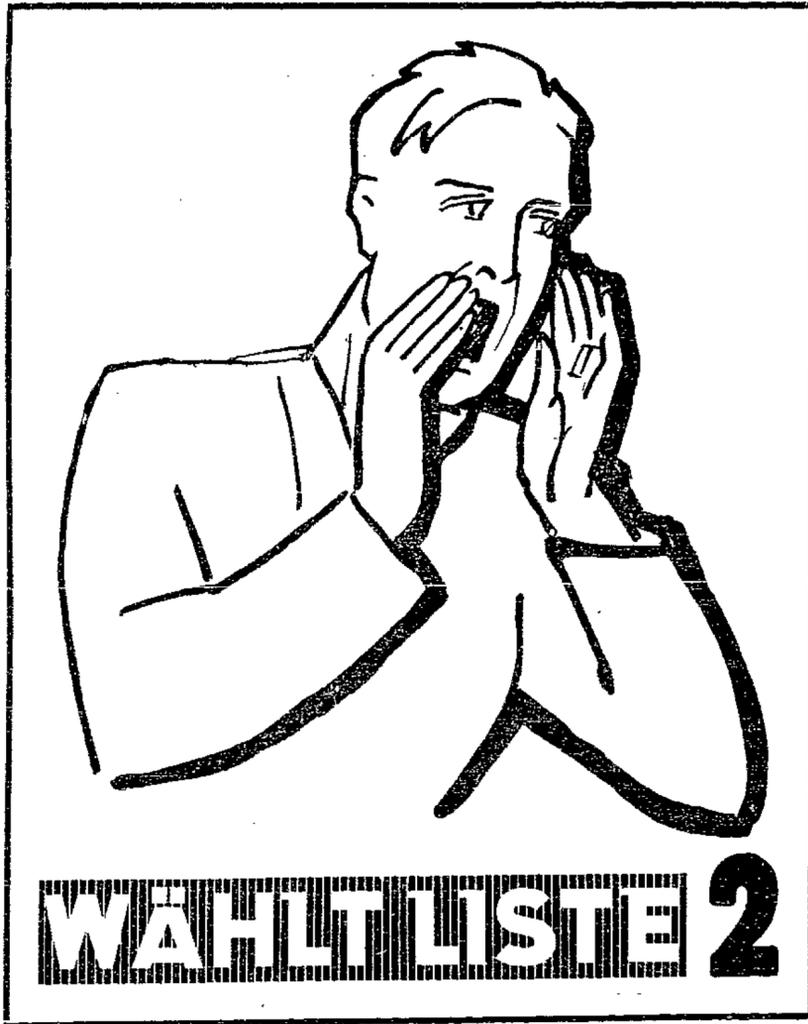
dann beweisen sie auf das treffendste ihre wirtschaftspolitischen Unkenntnisse. — Wiederum ist der Arbeiterschaft die Möglichkeit gegeben, über ihr Zukunftsschicksal zu entscheiden. Wird sie davon zu ihrem Nutzen Gebrauch machen? Oder wird sie sich wieder von ihren Feinden umnebeln lassen und solchen Parteien ihre Stimme geben, die noch niemals im Parlament Arbeiterinteressen vertreten

verträge. Hier kann der Unternehmer nicht mehr einseitig bestimmen, welchen Lohn die Arbeiter erhalten. Durch die große Macht der Gewerkschaften konnte der seit Jahr und Tag erfolgte Ansturm der Unternehmerreaktion gegen die Tarife zurückgeworfen werden. Selbst die Septemerverordnung über den widerrechtlichen Einbruch in die Tariflöhne konnte abgewehrt werden. — Das wichtige Werk der sozialen Gesetzgebung wurde durch die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei geschaffen. Haben etwa die Parteien der Schlot- und Krautjunker, der Kommunisten oder Faschisten daran Anteil genommen? Die Arbeitslosenunterstützung, die Bestimmungen über die Unterstützung der Kriegsbeschädigten, der Unfall und Invalidenrentner, des Schutzgesetzes für Wöchnerinnen und Schwangere, das Betriebsrätegesetz, die Bestimmungen über Arbeiterinnen- und Jugendschutz, sind die Ergebnisse der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei in ihrem opferreichen Ringen mit den Feinden der Arbeiterschaft. Diese unendlichen Werte für die Arbeiterklasse müssen erhalten bleiben. Am 28. Oktober löstete der Reichsinnenminister vor dem „Verein Berliner Presse“ die Schleier über die Verfassungsreformpläne der Barone. Er kündigte an, das Wahlalter werde um 5 Jahre heraufgesetzt, das Pluralwahlrecht werde eingeführt, ein Herrenhaus zwischen Parlament und Regierung soll eingeschoben werden. Die Regierung soll dadurch nicht mehr von dem Vertrauensvotum des Parlaments abhängig werden. Unter Mißachtung des Volkswillens kann sie sich dann auf das Herrenhaus stützen.

Es steht alles auf dem Spiele: Die wirtschaftliche, sozialpolitische und staatsbürgerliche Entrechtung. Wer Knecht ist, muß Knecht bleiben, so will es die kleine arbeitserfindliche Schicht der Reaktion. Das werktätige Volk hat am 6. November die Macht in Händen. Davon muß es Gebrauch machen. Keiner Partei darf eine Arbeiterstimme gegeben werden, die der Arbeiterschaft wirtschaftliche und politische Fesseln anlegen will.

Sagt allen: Es geht am 6. November um das Schicksal der Arbeiterschaft. Holt die Lauen und Wankelmütigen, die Furchtsamen und Verirrten heran zu unserer Fahne

**für den kulturellen Aufstieg, für die Freiheit!**



haben? Jetzt schmusen die Arbeiterfeinde fleißig um die Gunst der Arbeiter. Und welche Versprechungen werden ihnen vorgetragen? Wie wird geschwindelt über die Arbeiterorganisationen, über die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei. Leider gibt es noch viele Menschen, die solche Lügen als Wahrheit hinnehmen.

Wer hat aber mit den unwürdigen Zuständen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgeräumt und dem Arbeiter zu menschenwürdigen Verhältnissen geholfen? Das waren die Gewerkschaften, die in ihren opferreichen Kämpfen der Arbeiterschaft ihre Lebenshaltung besserten. Die Gewerkschaften erkämpften den Tarifvertrag und eroberten dem Arbeiter das Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Für 12 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen bestehen Lohn- und Tarif-

# An die Mitglieder der Gewerkschaften

## Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet Ihr wieder Euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben.

Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letztmal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter Euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern.

Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein.

Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet.

Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist.

Kämpft für Eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß Euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist.

Gebt Eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt.

Alle Stimmen für die Sozialdemokratie.

Berlin, 24. Oktober 1932.

Der Bundesvorstand  
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

# Das Nachtbackverbot in Gefahr

Die Bäcker- und Konditorengelhilfen haben bereits den Beweis von der Regierung der Freiherren und Barone bekommen, was mit dem Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien geschehen wird, wenn Papen als Sieger aus den Reichstagswahlen hervorgeht. Eine große Strecke zur Wiedereinführung der Nachtarbeit ist bereits von der kommissarischen Vertretung in Preußen durch die Vorverlegung des Warenverkaufs zurückgelegt. Trotz der Proteste unserer Organisation und der Bäckermeister fällt es den Regierungsleuten nicht ein, den Erlaß zurückzuziehen.

Das Verbot der Nachtarbeit ist jetzt schon den höchsten Gefahren ausgesetzt. Wenn aber Papen mit den reaktionären Parteien siegt, dann wird recht bald das Bäcker- und Konditorenrechtsgesetz beseitigt und die Gehilfenschaft wieder zurückgeworfen in die Kulturschande ständiger Nacht- und Sonntagsarbeit.

In dieser ersten Stunde richten wir an alle Bäcker- und Konditorgehilfen Deutschlands die Frage:

**Wollt ihr wieder zurück in die Sklaverei der ständigen Nacht- und Sonntagsarbeit?**

Wer kann euch schützen und die dauernde Verankerung unseres Schutzgesetzes sichern? Nur eure freigewerkschaftliche Organisation, der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Hinter uns steht das Millionenheer der freigewerkschaftlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Hinter uns stehen Millionen sozialdemokratischer Wähler. Hinter uns stehen die gewerkschaftliche und sozialistische Arbeiterinternationale und das Internationale Arbeitsamt.

Wo bleiben aber die Bäcker- und Konditorengehilfen? Wir sehen sie im Lager der Gelben, die von der Partei der Großgrundbesitzer und Schwerindustriellen — der Deutschnationalen Partei — beschützt werden, bei den Faschisten und dem reaktionären Haufen des Bürgertums. Dieser arbeiterfeindliche Heerhaufen buhlt jetzt bei den Bäcker- und Konditorengehilfen um ihre Stimmen. Wenn sie aber hoffen, die Kraut- und Schlotjunker, die Prinzen und Offiziere, die Bankrotteure und Abenteurer, die nach Regierungsstellen jagen, werden ihnen helfen, dann werden sie ewig die Genarrten bleiben.

Nur die Gehilfenschaft kann sich selbst schützen. Auf die Bäckermeister ist kein Verlaß. Dort sind starke Kräfte am Werke zur Wiederzulassung der Nacht- und Sonntagsarbeit. Wenn wir weiter feststellen können, daß die Wirtschaftspartei mit ihrem großen Anhang bei den Bäcker- und Konditormeistern beschlossen hat, die Papen-Regierung zu unterstützen, also den Leuten Hilfe zu leisten, die uns wieder in die Sklaverei der ständigen Nacht- und Sonntagsarbeit zurücktreiben wollen, dann kann es für die Gehilfen-

schaft keine andere Pflicht geben, als am 6. November Liste 2, die Sozialdemokratische Partei, zu wählen!

Nur eine starke sozialdemokratische Parlamentsvertretung und nur eine starke freie Gewerkschaft werden ständige Nacht- und Sonntagsarbeit verhindern können!

## Wochenschau

**Staatsgerichtshof entscheidet.** In der Verfassungstreitsache zwischen Preußen und dem Reich hat der Staatsgerichtshof am 25. Oktober das Urteil gefällt. Die Entscheidung trägt beiden Teilen Rechnung. Die Hauptpunkte der Entscheidung zugunsten Preußens sind folgende: Reichsexekution ist verfassungswidrig, Minister sind nicht abgesetzt, ihre Reichsratsstimmen bleiben unberührt. Die Minister sind dem Staatsrat und Landtag gegenüber vertretungsberechtigt und verpflichtet. Das Kabinett Braun, insbesondere Innenminister Severing glänzend rehabilitiert. Zugunsten des Reiches: Aktion gegen Preußen war begrenzt zulässig, Reichskommissar, Beamtenernennungen und Versetzungen bleiben. Dem Reich ist eine künftige Exekution vorbehalten, die Voraussetzungen des Art. 48, Abs. 1 der Reichsverfassung waren zum Einschreiten gegen Preußen nicht gegeben, dagegen aber die Bestimmungen des Art. 48, Abs. 2.

**Braun-Severing-Kabinett tagt.** Nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes tagte am 26. Oktober das alte, rechtmäßige Preußenministerium in Berlin.

**Neuer Konflikt gegen Preußen.** Das Baroniekabinett hat in einer Chefbesprechung zwischen Papen, Gayl, Bracht und Meißner beschlossen, dem Reichspräsidenten folgenden Vorschlag zu unterbreiten: Es sollen zu Reichsministern ohne Portefeuille ernannt werden Bracht als Innenminister Preußens, von Hülsen als Kultusminister und Staatssekretär a. D. Popitz als Finanzminister. Mit diesem Vorhaben soll dem Kabinett Braun jede Vollmacht genommen werden.

**21 Wahlvorschläge am 6. November.** Der Reichswahlaußschuß ließ von 24 eingereichten Wahlvorschlägen 21 zur Reichstagswahl am 6. November zu.

**Eingeständnis der KPD.** Das Zentralorgan der KPD, die „Rote Fahne“, hat wider ihren Willen ein wichtiges Eingeständnis gemacht. Sie stellte fest, daß die Reaktion die Errungenschaften der Arbeiterschaft in sozialer Beziehung gefährde, die dem Bürgertum in jahrzehntelangen Kämpfen abgetrotzt wurden. Vor Tische freilich hieß es anders. Da wurde deklamiert, sie seien der Arbeiterschaft „zur Beruhigung geschenkt“ worden!

**Heinz Neumann in der Wüste.** Das bisherige Paradeferd der KPD, und ihr hervorragendster Führer Heinz Neumann wurde abgäht. Wie die „Rote Fahne“ berichtet, erfolgte die „Liquidierung... zur Ueberwindung des faulen Versöhnertums“, weil Neumann für die Einheitsfront der Arbeiterschaft eintrat.

**Rundfunk-Reaktion.** Der Sozialistische Kulturbund beantragte bei der Deutschen Welle am 9. November einen Vortrag mit Paul Löbe stattfinden zu lassen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

**Hitler wird nobel!** Nach einem Bericht des „Bayrischen Kuriers“, der bisher nicht dementiert wurde, hat Hitler dem Vorsitzenden des Herrenklubs v. Alvensleben einen 12-Zylinder-Horchwagen geschenkt. Damit wollte Hitler die Anerkennung des v. Alvensleben um die Verdienste der „Arbeiter“partei ausdrücken.

**Schwenkungen zu Papen.** Der Bayrische Bauerbund hat sich für die Unterstützung Papens ausgesprochen. Auch die Deutsche Volkspartei hat durch ihren Abgeordneten Dr. Schneider in Dresden erklären lassen, daß sie sich zu Papenprogramm bekenne. Der Vorstand der durch die Nazi zertrümmerten Wirtschaftspartei beschloß ebenfalls hinter den Freiherren einherzutrotten.

## Die Uhr rasselt

Wählt!

Unsere Zeit ist ein großer Wecker. Die große, eiserne Wanduhr rasselt und ruft mit gewaltigen Schlägen. Herder.

Graut es? Soll jetzt endlich ein neuer Morgen werden?

Es rasselt. Die große Weltenuhr weckt. In gewaltigen Schlägen hämmert's. Es ist Zeit zum Erwachen. Auf, zur Pflicht!

Hört ihr nicht, wie die Stunde euch rasselt ruft? Heraus aus dem Schlummer der Zufriedenheit! Die Wanduhr der Geschichte weckt, doch was nutzt das Wecken, wenn ihr nicht aufsteht?

Heraus, ihr Schläfer! Ihr Träumer des Lebens! Ihr ewig Zufriedenen, ihr Gleichgültigen! Seid doch einmal wenigstens wach! Wählt rot! Wählt die Farbe des Morgenrots! Laßt euch wecken!

Und darum rassel und rassel, du schwere, eiserne Uhr! Und höre nicht auf und rassel, daß auch der schläfrigste Träumer dich hört und die Stunde begreift, die der 6. November bedeutet! Wählt Liste 2!

## Mit der Nilpferdpeitsche

gegen Arbeiter

Die Nazis versprechen der Arbeiterschaft den Himmel auf Erden, sobald erst das Dritte Reich angebrochen sei. Daß aber der Arbeiter nur Stimmvieh ist und er rechtlos gemacht wird, verschweigen diese Demagogen. Wie könnte es auch anders sein bei der starken Verbundenheit der Nazis mit den Unternehmern? Nun ist das Dritte Reich noch nicht angebrochen, wie aber Arbeiter durch den „Arbeiter“führer Hitler jetzt schon behandelt werden eröffnet rosige Perspektiven für den national-„sozialistischen“ Zukunftsstaat. So trug sich am 22. Oktober in Magdeburg ein Vorfall zu, der verdient, der breitesten Öffentlichkeit mitgeteilt zu werden. Hitler fuhr mit seinem Mercedes-Benz an einigen auf der Straße stehenden Arbeitern vorbei, die sich über diesen „Arbeiterführer“ mißfällig äußerten. Plötzlich hielt das Auto, ihm entsprangen mehrere Insassen und schlugen mit einer Nilpferdpeitsche auf die Arbeiter ein. Sie erlitten erhebliche Verletzungen. Von der Polizei konnte die Nilpferdpeitsche, die sonst nur Dompteure zur Bändigung wilder Tiere benutzen, beschlagnahmt werden. Der „Westdeutsche Beobachter“, das westfälische Naziblatt, knüpfte an diesen Vorfall folgende Bemerkung: „Auf der Fahrt zum „Sächsischen Hof“ wurde Hitlers Wagen mit Steinen beworfen. Er war nicht faul, springt heraus, und eins, zwei, drei kriegen die Burschen mit der langen Nilpferdpeitsche immer wieder links und rechts eins über die Schnauze. Das Pack flüchtet!... Dann krepelt er ruhig seine Hemdärmel herunter und beginnt im „Sächsischen Hof“ zu sprechen: „Volksgenossen!“

Das ist der „Arbeiter“führer Hitler, der Arbeiter mit der Nilpferdpeitsche bearbeitet und die Stirn besitzt, sein Versammlungspalaver mit „Volksgenossen“ einzuleiten. Hinweg mit dieser Partei und ihrem Oberbonzen Hitler! Wer die Freiheit liebt und wer sie erhalten will, der wählt am 6. November die Liste 2 der SPD!

## Papen vor dem Sturz

Der Reichskanzler v. Papen redet. Mitunter zweimal am Tag. Er versucht die von ihm getroffenen Maßnahmen zu rechtfertigen und schiebt alle Schuld an dem gegenwärtigen Wirtschaftselend den Parteien in die Schuhe, die angeblich den Parteibürokratismus über das Vaterland gestellt haben. Selbst will er von den Parteien nichts mehr wissen, obwohl er vor nicht allzulanger Zeit noch Zentrumsgewerksabgeordneter im Preußischen Landtag gewesen ist. Seine Reden gipfeln gewöhnlich in der Versprechung

die Reichsverfassung zu ändern. Ueber einen für ihn recht heiklen Punkt schweigt er sich aber aus. Schon seit geraumer Zeit wird nämlich gar nicht mehr heimlich darüber gesprochen, daß die Tage von Papen gezählt sind. Er wird wahrscheinlich erst nach der Wahl sein hohes Amt, dem er absolut nicht gewachsen war, verlassen müssen.

Die Ursache dieses Umschwunges dürfte nicht zuletzt auf die Handelspolitik der Regierung zurückzuführen sein. Die Kontingentierung der Einfuhr bestimmter Lebensmittel sowie viele andere Experimente haben die Auslandsbeziehungen der deutschen Industrie weit mehr geschädigt als die Krise. Auch die staatspolitischen Beziehungen zum Ausland sind denkbar schlecht. Die Sympathien, die Deutschland nach dem Kriege sich erringen konnte, drohen völlig verlorenzugehen. Der Schaden, der daraus entsteht, ist unübersehbar. Papen hat diese Politik geleitet und persönlich stark beeinflußt. Doch wenn er auch in der Versenkung verschwindet, sein Nachfolger wird nicht besser sein, wenn hinter ihm dieselben Kräfte stehen. Die Aufgabe der Arbeiterschaft ist es, diese reaktionären Kräfte zu überwinden, damit der jetzige Kurs geändert wird. Der Wahltag am 6. November bietet dazu Gelegenheit. Wirksam in diesem Kampf werden aber nur die Stimmen, die für die Liste 2, SPD., abgegeben werden.

## Faschisten als Arbeiterfeinde

Einige Blüten aus dem Faschistenlager über die Einstellung zu den Arbeiterfragen sollen unseren Mitgliedern zur Aufklärung in den Betrieben dienen. Am 4. Februar 1932 erklärte der Naziarzt Dr. Quandt in der Sitzung der Berliner Aerztekammer:

„Der wesentlichste Punkt unseres Programms ist die Abschaffung jeder Sozialversicherung, die sowohl die Bevölkerung als auch die Aerzte demoralisiert. Die Versicherten dürfen nicht mehr soviel mitbestimmen und mitreden wie bisher.“

Das sächsische Organ der Nazis „Der Freiheitskampf“ schrieb in Nr. 202 vom 29. Februar 1932 zur Programmrede Papens:

„Ohne die Vorarbeit Adolfs Hitlers säße Herr von Papen nicht im Sessel des Reichskanzlers. Wenn Herr von Papen gegen die roten Bonzen Preußens vorgehen konnte, dann nur, weil der Nationalsozialismus ihm den Boden rein stimmungsmäßig im Volk vorbereitet hat.“

Auf der Tagung des Preußischen Hebammen-Verbandes in Berlin erklärte ein nationalsozialistischer Arzt nach der „Soziale Arbeit“ Nr. 25 vom 9. Juli 1932, ein Organ des bürgerlichen Bundes deutscher Frauenvereine, folgendes:

„Das Dritte Reich würde keine Unterstützungen mehr für Krippen, Kindergärten und -horte und derartige Einrichtungen bezahlen.“

Der führende Wirtschaftspolitiker der Nazis, Walter Frank, schrieb am 14. November 1931 im „Angriff“:

„Es ist allerdings für die Wirtschaft und für den einzelnen Arbeiter besser, wenn mehr Arbeiter für herabgesetzten Lohn beschäftigt werden, die noch einen Ertrag für die Produktion zulassen.“

Die „Hessische Landes-Zeitung“, ein Naziblatt, schreibt:

„Die Arbeitsdienstpflicht kann den Arbeitsmarkt etwas entlasten, aber sie kann die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Aus dem Arbeitsdienst könnte, und wir wollen es ganz offen sagen, muß die allgemeine Wehrpflicht der Arbeiter werden.“

Gebt den Faschisten am 6. November die Antwort!

## Brauereien verhindern Wirtschaftsankurbelung

Als der Deutsche Brauerbund auf seiner Oktobertagung die Parole ausgab, das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung aktiv zu unterstützen und die Brauereien aufforderte, durch Mehreinstellungen die Arbeitslosigkeit lindern zu helfen, war zu erwarten, daß wenigstens die Großbrauereien dem Folge leisten würden. Bisher ist nur bekannt geworden, daß die Münchener Brauereien und eine Brauerei in Mainz ihre Belegschaft vermehren wollen. Sonst scheint sich niemand mehr um die „Wirtschaftsankurbelung“ zu kümmern, und es hat fast den Anschein, als ob auch die Brauereiunternehmer nicht mehr an einen Erfolg des Wirtschaftsprogramms glauben. Sonst wäre es kaum möglich, daß einige Großbrauereien durch Arbeiterentlassungen und einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden pro Woche bemüht sind, die Wirtschaft „anzukurbeln“.

Zu den ersteren gehört die Schloßbrauerei in Berlin. Sie hat in den letzten Wochen Arbeiter entlassen und weitere Kündigungen ausgesprochen. Soweit die Verhältnisse des Betriebes bekannt sind, liegt eine Notwendigkeit zu diesen Entlassungen

nicht vor. Es hat vielmehr den Anschein, als ob sie nur erfolgen, weil in anderen, den Aktionären der Schloßbrauerei gehörenden Betrieben, deren Struktur wesentlich anders ist, ein anderes Verhältnis zwischen Bierausstoß und Belegschaftszahl besteht. Diese ohne Rücksicht auf die Arbeiterschaft durchgeführte Betriebspolitik muß selbstverständlich zu Differenzen führen, zumal die Leitung des Betriebes heute noch ebenso groß ist wie in Zeiten bester Konjunktur. Und wenn gar noch hinzukommt, daß notwendige der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeiter dienende Arbeiten unterbleiben, weil durch den rigorosen Abbau die notwendigen Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen, dann ist es gewiß notwendig, daß sich die Öffentlichkeit mit dieser Art Wirtschaftsankurbelung befaßt.

Aehnlich liegen die Dinge bei Wicküler-Küpper in Elberfeld. Dort wurde die Arbeitszeit der Arbeiter von 40 auf 35 Stunden herabgesetzt, während die Angestellten von Kurzarbeit verschont bleiben. Diese unterschiedliche Behandlung muß ihren Grund haben. Er liegt allerdings nicht darin, daß das soziale Gefühl den Angestellten gegenüber stärker

**Freiheit  
oder Sklaverei?  
Volk  
entscheidet:  
SPD.  
SOZIALDEMOKRATEN**

entwickelt ist. Die Arbeit der Angestellten kann nämlich nicht liegenbleiben, wenn der Verkehr mit der Kundschaft nicht ins Stocken kommen soll. Die Arbeit im technischen Betrieb hingegen, die heute nicht geringer ist, verträgt Aufschub, wenn der Grundsatz der Reinlichkeit weniger beachtet wird. Daß dies in letzter Konsequenz dem Betrieb nicht förderlich ist, braucht nicht hervorgehoben zu werden.

Die Brauereien sollen sich warnen lassen. Mit einer Vermehrung der Not und des Elends ihrer Arbeiter ist der Bierumsatz nicht zu heben.

## Das Volk entscheidet über den Brotpreis

Der Preisstand landwirtschaftlicher Produkte liegt in Deutschland wesentlich über dem Weltmarktpreis. Durch unübersteigbare Zollmauern werden Getreide, Fleisch usw. riesig verteuert. Der Zuschuß, den die Bevölkerung an die Landwirtschaft zahlt, stellt sich jährlich auf 2 Milliarden Mark. Doch die Zollpolitik allein ist nicht Ursache der Verteuerung. Im Zwischenhandel und im Lebensmittelgewerbe werden auch noch ganz anständige Summen verdient. Kürzlich hat die Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen festgestellt, daß die Bruttoverdienstspanne der Bäcker gegenüber dem Durchschnitt des ersten Halbjahres 1932 beim Brot um 9 Proz. und beim Weizengebäck um 6 Proz. höher war. Die Bäckermeister haben also einen nicht geringen Mehrverdienst ruhig eingesteckt, ohne die Bevölkerung an den durch die Marktlage verbilligten Mehlpriessen teilnehmen zu lassen.

Das Bäcker- und Konditorgewerbe gehört zu den gesündesten Gewerbebezügen. Von den 95 886 Mitgliedern, die der Spitzenorganisation der Bäckermeister angehören, sind 69 965 Hausbesitzer. Der Anteil der Hauseigentümer mit 73,3 Proz. im Bäcker-gewerbe ist bestimmt höher als bei anderen handwerksmäßigen Berufen. Ueber all diese Dinge entscheidet letzten Endes die politische Macht. In einem demokratischen Gemeinwesen geht einer der Wege zu diesem Ziel über das Parlament. Am 6. November wird neben anderem auch darüber entschieden, wie die Lebensmittelpreise in Deutschland in der Zukunft gestaltet werden sollen. Wer für eine Senkung der Lebensmittelpreise ist, der muß Liste 2 wählen.

## Kurs der Reaktion

Unverhüllt zeigt die Reaktion ihr Gesicht. Ihr prominentester Vertreter ist das Herrenklubmitglied v. Papen und die Junker, die über den breiten Rücken der Nazis behende in die Sessel der Amtlichkeit geklettert sind. Denn ohne Nazis gäbe es keine Herrenklubregierung und ohne diese keine so unverschämte Reaktion. Das Papen-Kabinettt arbeitet schnell und auf das eine Ziel zu, die Macht der herrschenden Klasse zu festigen und die der Arbeiterschaft zu brechen. Deshalb soll der heutige Staat zertrümmert und an seine Stelle das Vorkriegsregime gesetzt werden. Eine „Reform der Reichsverfassung“ wird angekündigt. Die zu dem Entwurf vorliegenden Richtlinien zeigen, wohin der Kurs der Reaktion geht. Die verfassungsmäßigen Bestimmungen sollen auf ein Mindestmaß beschränkt, alle anderen Bestimmungen aber durch einfache Verwaltungsmaßnahmen geändert werden.

Reichskanzler soll gleichzeitig preußischer Ministerpräsident werden. Ihm soll es obliegen, die preußischen Minister ernennen zu können. Durch diese Ernennung würde in Preußen das Parlament ausgeschaltet wie im Reich. Die Reichsregierung soll von Partei- und Zufallsmehrheiten unabhängig gemacht werden. Zu diesem Zweck soll eine erste Kammer gebildet werden. Nur ihr ist die Reichsregierung verantwortlich. Die erste Kammer bildet der Reichsrat. Das Wahlalter soll auf 25 Jahre heraufgesetzt und die Wiedereinführung des Einmannwahlkreises mit der Möglichkeit der Stichwahl eingeführt werden. Preußische Reichstagsabgeordnete sollen gleichzeitig Mitglieder des Preußischen Landtags sein. Artikel 17 der Reichsverfassung, der die Verfassungshoheit der Länder regelt, wird dergestalt geändert, daß den einzelnen Ländern unabhängig von der Stellung des Reiches die Wiedereinführung der Monarchie gewährleistet ist. Auch das Gemeindevahlrecht soll geändert werden, damit die „parteilichen Gesichtspunkte bei den Gemeindeverwaltungen ausgeschaltet“ werden.

Das ist der Kurs der Reaktion! Welchem Zwecke dient er? Es sollen alle jene Positionen der Verfassung geändert werden, aus denen die Arbeiterschaft Kraft und Macht schöpft. Die Macht der Arbeiterschaft aber kann nur so gebrochen werden, wenn die Verfassung entscheidend geändert wird. Dazu gehört das Zusteuern auf die Monarchie. Das ist das Werk jener dunklen Kräfte, die vor 1918 Deutschland in maßloses Elend stürzten. Die Arbeiterschaft muß verhindern, daß sie wieder eben so rechtlos gemacht wird wie vor 1918. Das kann aber nur geschehen, wenn sie begreift, um was der Reichstagswahlkampf am 6. November geführt wird. Wählt deshalb nur die SPD.-Liste 2.

## Der Wolf im Schafspelz

Nach dem 12. September 1932 traten die Nationalsozialisten als Freunde der Demokratie auf. Der nationalsozialistische Reichspräsident machte eine Verbeugung nach der anderen vor dem ehemals so hart bekämpften Parlamentarismus. Auch im Wahlkampf gebärden sich die Nazis wie wild in der Verteidigung der parlamentarischen Rechte. Wir dürfen uns dabei keinen Illusionen hingeben. Die angeblichen Freunde der Demokratie sind ihre ärgsten Feinde. Vor dem 12. September hat sich die Nazi-partei streng nach folgenden Worten Hitlers gerichtet: „Demokratie ist das System der Dummheit, Feigheit, Schwachheit und Falschheit.“ Sollten die Nazis irgendwo als Wölfe im Schafspelz auftreten, so ist ihnen gebührend heimzuleuchten.

Der einzige Hort der Demokratie ist die Sozialdemokratische Partei, die den heutigen demokratischen Staat geschaffen hat und um dessen Ausbau sie immer bemüht war. Deshalb alle Stimmen am 6. November der Liste 2 SPD.

## Was wird nach dem 6. November?

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist das Leib- und Magenorgan des Herrenklubs. Sie wird von der Schwerindustrie ausgehalten und hat zu ihrem Teil die Hitler-Bewegung großgepöppelt. Was Wunder, wenn sie über Hitler schreibt, er sei der Mann, „der dem heiligsten Begriff Vaterland wieder das Bürgerrecht erkämpft... und der edelsten Vorbilder tausendjähriger Geschichte wert ist.“

Eine so im Hitler-Enthusiasmus befangene Unternehmer- und Herrenklubzeitung qualifiziert sich nicht ohne Grund für Hitler und muß schon sehr gut darüber informiert sein, welche Wege die national-„sozialistische“ „Arbeiter“partei nach dem 6. November einschlägt. Sie unterstreicht Hitlers Verdienste und appelliert an die Spießer, zur Wahl am 6. November ja „den Mut nicht sinken“ zu lassen, „denn es war die herrliche, nationale Bewegung und das unvergleichliche Verdienst Hitlers, die den Kurswechsel in der Politik des Reiches und Preußens erst ermöglicht haben“. Aber sie wartet mit einem weiteren Trost auf und unterstreicht, daß sich Hitler gegen den Herrenklub und die Reichsregierung nur mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen so radikal ge-

bärdet. Sie empfiehlt, lieber erst den 6. November abzuwarten, denn „es ist gewiß ein nationales Unglück, daß die bis in die Einzelheiten verabredete Einigung mit den Nationalsozialisten nicht schon im August erfolgen konnte.“ „Kommt Zeit, kommt Rat, meint die „DAZ.“, schließlich, ... wird Hindenburg dann noch einmal den Versuch des Ausgleichs machen.“ Merkst du etwas, lieber Leser? Der Kuhhandel ist schon vor den Wahlen soweit gediehen, daß die Regierungsbeteiligung der Nazis, zumindest ihre Toleranz gegenüber Papen, gesichert ist. Und dann streiten sie geeint mit der Reaktion gegen die Interessen und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft. Dann können sie auf 100prozentige Verwirklichung ihres kultur- und arbeiterfeindlichen Programms durch die Papen-Regierung rechnen. Wehe deshalb der Arbeiterschaft, wenn sie am 6. November die Hitler-Partei wählt!

## Gestern schwarz, heute weiss

Also sprach Nazi-Kerrl am 20. Juli unter jubelndem Beifall seiner Zuhörer in einer Stuttgarter Versammlung:

„Sehr rasch hat die Reichsregierung auf meinen gestrigen Brief an Papen hin zugegriffen, und zwar auf eine Art und Weise, die ich besonders begrüße. Jetzt ist endgültig Schluß mit den Braun und Severing und niemals werden sie wieder nach oben kommen, ebensowenig wie das Zentrum.“

Am gleichen Tage jubelierte Nazi-Kube in einer Versammlung in Hamburg:

„Die Regierung Papen und ihre Taten sind nur möglich gewesen durch die Nationalsozialisten. Deshalb muß der NSDAP. das Verdienst der Absetzung der Preußenregierung zugesprochen werden.“

Der „NS-Kurier“, die Nazi-Zeitung von Stuttgart schrieb:

„Die Aktion löst stürmische Freude und grenzenlosen Jubel aus. Man ist allgemein der Ansicht, daß sich die seitherigen Machthaber vor dem Staatsgerichtshof eine eklatante Niederlage holen werden. Das Urteil des Staatsgerichtshofes wird bestätigen, daß die Schwarzen und die Roten in Preußen wider Recht und Verfassung ihre Macht ausübten. Vor der Nation und der Geschichte aber ist Papen eindeutig gerechtfertigt.“

Und heute nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes:

„Diesem vereinfachten Verfahren, die Reichsreform à la Papen zu beschleunigen, hat der Leipziger Gerichtshof einen Riegel vorgeschoben. Mit Recht. Denn Reichsreform ist gut; und wird vor allem zu seiner Zeit einmal notwendig sein. Aber Reichskommissare nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung sind durchaus untaugliche Werkzeuge, um das aus dem Leim gegangene Reichsgebäude wieder in Ordnung zu bringen.“

So lesen wir im „Völkischen Beobachter“ unter der Überschrift: „Eine kalte Dusche für die Staatsstreichpläne der Reaktion“ am Tage nach dem Leipziger Urteil. Der Berliner Nazi-„Angriff“ schreibt von einer Niederlage Papens, und freut sich diebisch, daß die Reichsregierung ihre Reichsreformpläne nicht durchsetzen kann.

Hat Papen allein eine Niederlage erlitten? Das zu entscheiden überlassen wir dem Leser, wenn er diese Gegenüberstellung übelster Heuchelei gelesen hat.

## Sozialismus

### als Gegenwartsaufgabe

Die langanhaltende Krise hat die Brüchigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eindeutig bewiesen. Ein Umbau der Wirtschaft ist die einzige Garantie dafür, daß eine solche Elendsperiode nicht wiederkehrt. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion haben den Weg aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch klare Formulierungen gezeigt. Die Beseitigung des kapitalistischen Systems und der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft ist für den organisierten Arbeiter nicht eine Sache der in unbestimmter Ferne liegenden Zukunft, sondern Gegenwartsaufgabe. Nicht mit einem Schlage ist dieses gewaltige Problem zu lösen. Aber die Massen müssen für dieses hohe Ziel mobilisiert werden.

Die Gewerkschaften und die SPD. kamen zu der Überzeugung, daß das kapitalistische System an der Wurzel getroffen werden muß. Der Umbau der kapitalistischen Wirtschaft muß damit beginnen, die Kommandohöhen derselben zu erobern und die wichtigsten Positionen der Machthaber zu brechen. In den Schlüsselindustrien und im Großgrundbesitz hat das reaktionäre Unternehmertum seine stärksten Stützen. Deshalb muß die Verstaatlichung der Großindustrie und die Enteignung des Großgrundbesitzes als erste Maßnahme durchgeführt werden. Entsprechende Gesetzentwürfe wurden von der sozialdemokratischen Fraktion bereits eingereicht. Wer den Sozialismus bereits in der Gegenwart aufbauen will, muß am 6. November seine Stimme der Sozialdemokratischen Partei geben.

## Die Schuldigen am Lohnabbau

Vierzehn Tage vor der Wahl gebärdet sich die Nazi-Partei radikal. Alles, was unter dem Papen-Regime gegen die Arbeiterschaft geschah, verurteilt sie in Bausch und Bogen. Dazu gehört auch der Lohnabbau, der mehr wie einmal durch Notverordnungen dekretiert wurde und den Beifall der Unternehmer fand. Dieser „Radikalismus“ dient aber nur dem Stimmenfang unter der Arbeiterschaft. War es doch kein geringerer als der Leiter der Wirtschaftsabteilung der NSDAP., Walter Funk, der im November 1931 im Herrenklub, der Brutstätte aller Reaktion, einen Vortrag hielt und dort ausführte: „Es ist für die Wirtschaft und den einzelnen Arbeiter besser, wenn mehr Arbeiter zu herabgesetzten Löhnen beschäftigt werden, die noch einen Ertrag für die Produktion zulassen.“

Prompt verwirklichte die Herrenklubregierung diese Forderung. Alles Gezeter und Geschrei nutzt nichts, die Nazis sind die intellektuellen Urheber des Lohnabbaues! Dazu lieferte ein anderer Wirtschaftsführer, Dr. Alfred Pfaff, in seiner Broschüre „Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich“ ein weiteres Rezept:

„Wenn die gesamte deutsche Industrie auch im heutigen Wirtschaftssystem einmütig den Beschluß fassen würde, alle Löhne um 12 bis 15 Proz. zu vermindern, jedoch unter gleichzeitiger Einstellung von etwa 4 Millionen Arbeitslosen, so würden wir einen Streik, der etwa durch diese Lohnvermindernungen veranlaßt werden sollte, auf das stärkste verurteilen.“

Die Tatsachen, daß die Naziführer schon vor Monaten Papen den Weg zeigten, wie er einen

## Wahre deine Tarifrechte!

**Am 5. November ist der 46. Wochenbeitrag fällig**

Lohnabbau durchführen und die Wirtschaft „ankurbeln“ kann, lassen sich nicht aus der Welt schaffen. Ihr „Radikalismus“ ist eine verlogene Macho im Interesse ihres Wahlkampfes. Diese korrupte Gesellschaft buhlt um den Arbeiter, weil sie seine Stimme braucht! Denkt am 6. November an das Sprichwort, daß nur die allerdümmsten Kälber ihren Metzger selbst wählen! Stellt die geschlossene Front aller Werktätigen durch die Gewerkschaften dar und gebt eure Stimme der Liste 2 der SPD. Nur so wird den national-„sozialistischen“ Volksverrättern das Handwerk gelegt.

## Die Nazis heucheln!

Die Nazis tarnen ihre Partei als „Arbeiter“partei. Der Zweck heiligt die Mittel. Sie brauchen die Stimmen der Arbeiter, um sie vor ihren Parteikarren zu spannen. Als das Junker- und Baroniekabinett Hitler nicht die Macht im Staate zu 50 Proz. auslieferte, schimpften die Nazis gegen das Kabinett der „feinen Leute“ und sagten ihm den Kampf an. Nun führen sie einen Feldzug gegen die Herrenklubregierung und tun so, als ob nur sie gegen die geeinte Reaktion zu kämpfen verstünden. Hier offenbart sich ihre abgrundtiefe Heuchelei! Der Reichstagspräsident a. D. Goering schrieb zu diesem Kapitel im „Völkischen Beobachter“ Nr. 296 vom 20. Februar 1932:

„Es ist unwahr, wenn uns heute vorgeworfen wird, wir wollten diesen Wahlkampf gegen den Besitz, gegen den Adel, gegen Offiziere und Exzellenzen führen. Wir haben in unseren Reihen genug Vertreter dieser Kategorie als Beweis gegen diese Verleumdung.“

So wollen die Nazis in Wirklichkeit den Kampf gegen die reaktionären Kräfte führen. Sie sind mit dem Adel und Exzellenzen auf Gedeih und Verderb verbunden. Alles Geschrei, daß ihnen diese Feststellungen von „marxistischer Seite“ unterschoben werden, nutzen nichts. Lieber Leser, denke aber auch du über diese Schändlichkeiten nach und helfe am 6. November durch deine Stimmabgabe mit, daß die Nazis vernichtend geschlagen werden. Kein denkender Arbeiter darf dieser Partei seine Stimme geben! Er verkauft sich ihr mit Leib und Seele!

**Die Freiheit ruft!  
Millionenschrei:  
Das Volk entscheidet  
Liste zwei!**

**Sozialdemokraten!**

**Freiheit! Gegen Hunger und Not  
Nicht blau und nicht braun,  
Wir wählen rot!  
Liste zwei!**

**Sozialdemokraten!**

## Neuer Lohn tarif für die bayerischen Brauereien

Am 20. Oktober wurde zwischen den Tarifkontrahenten im bayerischen Braugewerbe der von den Unternehmern zum 31. Oktober gekündigte Lohn tarif erneuert. Die bayerischen Brauereien hatten verlangt, daß der Lohn um 10 Proz. abgebaut wird. Nach der im Anfang dieses Jahres auf Grund der Notverordnung erfolgten 15prozentigen Kürzung des Lohnes und der erfolgten Lohnminderung infolge der Herabsetzung der Arbeitszeit würde die Verwirklichung dieses Lohnabbauverlangens die Existenz der Arbeiterschaft stark gefährdet haben. Es bestand kein Zweifel darüber, daß die Forderungen der Unternehmer abgewehrt werden mußten. Daß dies gelungen ist, ist auf die Einigkeit der bayerischen Brauereiarbeiter, die mit wenigen Ausnahmen in unserem Verband organisiert sind, und auf die kluge Verhandlungstaktik der Verbandsvertreter zurückzuführen. Nachdem die Unternehmer nach langen Verhandlungen von ihren Forderungen nicht abgehen wollten, hat das anschließend zusammengetretene Schiedsamt gegen die Stimmen der Arbeitgeberbeisitzer entschieden, daß die bisher geltende Lohn tabelle unverändert bleibt und mit monatlicher Frist erstmals zum 31. März 1933 gekündigt werden kann.

Die bayerischen Brauereiarbeiter werden angesichts des Ergebnisses der Lohnverhandlungen erkannt haben, daß ein starker Verband auch in schlechten Zeiten der beste Schutz ist gegen Willkür und Ausbeutung.

In diesem Zusammenhang soll noch erwähnt werden, daß die Münchener Brauereien beschlossen haben, während der nächsten 3 Wochen nicht nur die im Frühjahr entlassenen Mälzereiarbeiter einzustellen, sondern darüber hinaus ihre Belegschaft um 5 Proz. zu vermehren ohne von einer Lohnkürzung Gebrauch zu machen.

## Spaltung unter allen Umständen

Die Kommunisten haben wieder einmal ihren Parteiapparat „gesäubert“. Sie haben den einst allmächtigen Heinz Neumann in die Wüste geschickt, angeblich weil dieser die Partei gehindert habe, „die Wendung der Parteiarbeit zur verstärkten revolutionären Massenpolitik“ durchzuführen. Bisher konnte man der Meinung sein, daß die „revolutionäre Politik“ der Kommunisten gar nicht mehr gesteigert werden konnte, denn innerhalb deren Partei geschah nichts, was nicht als „revolutionär“ bezeichnet worden wäre. Selbst der Kampf gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften wurde auf „revolutionärer Basis“ geführt ohne Rücksicht darauf, daß der Sache der Arbeiterschaft unermeßlicher Schaden zugefügt wurde. Dieser „revolutionäre Kampf“ gegen diese Arbeiterorganisationen wird jetzt „verstärkt“ fortgeführt werden. Daß Heinz Neumann dieser Wendung im Wege gestanden haben soll, ist nur als Vorwand zu seiner Beseitigung benutzt worden. Neumann ist nämlich der grimmigste Gegner der Sozialdemokratie und seine Arbeit bestand darin, diese Partei zu vernichten. Es ist ihm dies nicht gelungen und seinen Nachfolgern wird es noch viel weniger gelingen, auch wenn sie die bisherige Parole: Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie, abgeändert haben in die völlig gleichwertige Parole: Der Hauptschlag gilt der Sozialdemokratie. Bedauerlich ist nur, daß in diesem Kampf gegen die stärkste Arbeiterpartei die Lage der Arbeiterschaft fortwährend verschlechtert wird. Es ergeht deshalb der Appell an alle einsichtsvollen Kommunisten, diesen unfruchtbaren und der Arbeiterbewegung schädlichen Kampf einzustellen, ganz gleich, ob damit die Führung der KPD. einverstanden ist oder nicht. Nur starke freie Gewerkschaften und eine starke Sozialdemokratie bieten die Gewähr, daß die Arbeiterklasse ihre Feinde überwindet. Deshalb alle Stimmen am 6. November der Liste 2 SPD.

## Pleite der Nazis

Die nationalsozialistischen Zeitungen bemühen sich krampfhaft, Stimmung zu machen, um das abhanden gekommene Vertrauen der Wählermassen zurückzugewinnen. Schwer, sehr schwer dieses Beginnen, denn an allen Ecken und Enden wird die Pleite sichtbar, der diese unnatürlich aufgeblähte Partei entgegengerht. Im „Völkischen Beobachter“ Nr. 266 wird über den Kampf um Leipzig berichtet. Als nach der Reichstagswahl im Juli aus Kleinkleckersdorf gemeldet wurde, daß alle Einwohner nationalsozialistisch gewählt haben, war der Jubel groß. In dem Bericht über Leipzig dagegen, der zehn Wochen später erscheint, kommt ganz offen der Katzenjammer zum Durchbruch. Während im Freistaat Sachsen die Nazis 41,3 Proz. der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten, erhielten sie in Leipzig nur 32,4 Proz. Die SPD. ist in Leipzig nach wie vor die stärkste Partei. Das muß seinen Grund haben. Nach dem „Völkischen Beobachter“ sind es sogar mehrere. Man lese und staune:

Erstens liegt es an der Rasse. Die Einwohner von Leipzig neigen zur reinen Verstandesherrschaft.

Sie lassen bei ihren Entscheidungen die Vernunft sprechen und nicht das Gefühl. Zweitens liegt es an der sozialen Struktur der Bevölkerung. In Leipzig überdurchschnittliche Intelligenz voraussetzen.

Diese vom „Völkischen Beobachter“ gemachten Feststellungen lassen den Schluß zu, daß alles, was sich bisher in der Nazipartei vereinigte, wenig Vernunft und unterdurchschnittliche Begabung besitzt. Wir brauchen dieser Selbstcharakterisierung nur hinzuzufügen, daß die hier in einer lichten Minute niedergeschriebenen Eigenschaften der Naziwähler uns schon lange bekannt sind. Wer anders als geistig Minderwertige bekennen sich zu Führern, die keine anderen Eigenschaften besitzen. Wer anders kann in einem schwulen Röhm einen Abgott erblicken als einer, der seine fünf gesunden Sinne nicht beieinander hat?

## Die „Arbeiter“partei

Für alle, die noch nicht wissen sollten, was es mit Hitlers national-„sozialistischer“ „Arbeiter“partei auf sich hat, sei zum Studium folgende Anweisung der Reichsleitung der NSDAP. vom 24. September 1932 an ihre untergeordneten Stellen empfohlen:

„Der Pg. Freiherr von Eltz-Rübenach ist vom Führer beauftragt worden, adlige Pgs. zu einer Kampfgemeinschaft zusammenzuschließen. In den Vorstand dieser Adelsgemeinschaft wurden weiterhin die Pgs. Graf Hellendorf, von Reibnitz und Freiherr von Gregory berufen.“

## Zwei Seelen in einer Brust!

Die freien Gewerkschaften sind der Todfeind der kapitalistischen Klasse. Ihnen gilt der Vernichtungsfeldzug. Ein würdiger Bundesgenosse der Reaktion ist die National-„sozialistische“ „Arbeiter“partei. Ihr Spezialreferent für „sozialistische“ Fragen, Graf Reventlow, schreibt in Nr. 251 der national-„sozialistischen“ „Rheinfront“:

„Indem ihr nach allen Seiten aufgezungenen politischen Kampfmuß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei also notwendigerweise auch gegen die Gewerkschaften kämpfen.“

Die Nazis besorgten diesen Kampf reichlich. Sie lieferten der Regierung und dem Unternehmertum die Stichworte zum Vorgehen gegen die Gewerkschaften. Das hinderte den Nazigraf als prominentes Mitglied der „Arbeiter“partei nicht, im gleichen Artikel um die Gewerkschaften zu werben:

„Nein, wir haben gegen die Gewerkschaften keine Feindschaft, keine Gegnerschaft!“

Dieses „Bekentnis“ muß dazu dienen, der interessierten Arbeiterschaft weiß zu machen, die Nazis anerkennen die Gewerkschaften im Kampfe gegen Ausbeuter und Lohndrücker. Auf diesen Schwindel fällt kein denkender Arbeiter mehr herein! Die Nazis sind ausgesprochene Kapitalistenknechte, die weit verderblicher Mittel im Kampfe gegen die Gewerkschaften anwenden als die Gelben. Sie sind und bleiben die Todfeinde der Gewerkschaften neben den Unternehmern! Eine Stimmenabgabe für diese Partei durch die Arbeiterschaft kann und darf nicht erfolgen! Daran ändert auch nichts die von den Kommunisten erdichtete angebliche „Freundschaft“ zwischen Nazis und den Gewerkschaften! Der 6. November muß zu einer Generalabrechnung der werktätigen Klasse gegen die Gewerkschaftsfeinde von rechts und links werden! Liste 2 wird gewählt!

## Als der Grossvater die Grossmutter nahm . . .

da waren es herrliche Zeiten für die Unternehmer, Arbeiterschutz, Tarifröhne und geregelte Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Urlaubsgewährung und Ueberstundenbezahlung waren unbekannt. Ueber ein halbes Jahrhundert kämpften die Gewerkschaften um den kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft und die Hebung ihrer erbärmlichen Lage. Das Werk wurde gekrönt mit der Anerkennung der Gewerkschaften und mit der Durchführung der sozialen Gesetzgebung. Zehn Jahre ging das Reichsarbeitsministerium ein gut Stück Weges mit den Gewerkschaften und jetzt soll alles nach dem Willen der Reaktion und der Scharfmacher um Papen vernichtet werden. Der Reichskanzler deklamierte in München vor den Industriellen salbungsvoll den Wiederaufstieg Deutschlands. Kein Wort fand er über die Nöte der Arbeiterschaft. Statt dessen machte er Stimmung für die Wiederkehr der patriarchalischen früheren Zustände. Das Maschinenzeitalter und die verheerenden Folgen des Moloch Rationalisierung standen nicht in Papens Konzept. Das zu wissen ist auch bei seiner „konservativen Staatsführung“ nicht vorzäten!

Für ihn ist der Kapitalismus das Ideal und am Feudalismus längst verbrauchter Zeiten findet er Be-

geisterung. Mit viel Geschrei kündigte er in München eine „Reform“ der Sozialgesetzgebung an und nach den Taten seines Kabinetts kann es keinem Zweifel unterliegen, daß er mit ihr tabula rasa machen wird. Danach würde alles, aber auch alles, was mit der bisherigen Sozialpolitik im Zusammenhang steht, derart verschandelt, das am Ende von den Errungenschaften nichts mehr übrig bliebe.

Von Papen ist der Mann der Schwerindustrie! Sie verlangt, daß die Sozialpolitik zertrümmert wird. Auf den Reichskanzler setzt die Reaktion ihre Hoffnung. Ist die Arbeiterschaft nicht wachsam und versteht sie nicht, am 6. November ihre ganze Macht in die Waagschale zu werfen, dann bleiben dort nur noch Trümmer übrig, wo früher von Sozialpolitik die Rede war. Kollegen und Kolleginnen! Es steht für euch so unendlich viel auf dem Spiel am 6. November! Eure Existenz, eure Zukunft und eure Freiheit! Seid dessen eingedenk und wählt am 6. November sozialistisch, Liste 2!

## Revolutionäre Phrasen

Die Kommunisten wenden sich gegen alles, was der Arbeiterschaft ihre Lage im Augenblick erleichtern könnte. Die Sozialdemokratie hat ein Volksbegehren gegen die sozialreaktionären Maßnahmen der Papen-Verordnung beantragt. Wenn je, dann wäre hier die Möglichkeit zu einem einheitlichen Vorgehen gegeben. Aber weit gefehlt. Die Kommunisten behaupten, durch das Volksbegehren werde die Arbeiterschaft von dem Kampf gegen die Präsidialdiktatur der Herrenklubfaschisten abgelenkt.

Eine der bekannten Phrasen. Die Kommunisten haben in 13 Jahren nicht weniger als neunmal zu Massendemonstrationen aufgefordert, mit dem Erfolg, daß noch nicht einmal ihre eigenen Anhänger, geschweige denn alle Arbeiter dieser Parole gefolgt wären. Die Existenz einer starken kommunistischen Fraktion im Reichstag konnte niemals ernsthaft als ein Faktor für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen in die Waagschale geworfen werden. Im Gegenteil haben die Kommunisten durch ihre Abstimmung wichtige sozialpolitische Gesetze verhindert. Bei entscheidenden Abstimmungen stand die KPD. auf der Seite der schwärzesten Reaktionäre. Die Millionen kommunistisch gesinnter Arbeiter hatten ihre Stimmen bei den Parlamentswahlen umsonst abgegeben. Der kulturell hochstehende deutsche Arbeiter kann und darf sich derartige unsinnige Demonstrationen nicht mehr erlauben. Als politischer Faktor im Leben der Nation gelten nur die Stimmen, die für die Liste 2 abgegeben werden.

## Hirsche-Konditoren und Geschäftsreklame

Des öfteren mußten wir uns mit dem nicht einwandfreien Verhalten der Hirsche-Konditoren als Gewerkschaft beschäftigen. Obwohl wir bestrebt sind, den Vorkommnissen, die sich bei den Hirschen abspielen, nicht allzuviel Bedeutung beizumessen, bleibt es uns nicht erspart, wieder die Sonde der Kritik anzusetzen. Neuerdings ereignen sich Vorgänge, die im Interesse der gesamten Kollegenschaft nicht unerörtert bleiben dürfen.

Die Hirsche propagieren in letzter Zeit in ihrer Fachzeitung im verstärkten Maße die Stellenvermittlung, obgleich in den meisten deutschen Städten bei den Arbeitsämtern paritätische Stellennachweise für das Bäcker- und Konditoren-gewerbe bestehen. Sie wenden sich dabei mit ihrem Aufruf nicht nur an die Gehilfen, sondern auch an die Unternehmer. Ihr Ziel ist, die in ihrem Fachblatt neu eröffnete Inseratenplantage zu füllen und dafür von Meistern und Gehilfen das nötige Geld einzustreichen. Daß die Aussicht bei dem gegenwärtigen Andrang auf dem Arbeitsmarkte speziell bei den Konditoren durch derartige Methoden eine Stelle zu bekommen, gleich Null ist, wissen die Hirsche recht gut. Geld scheint aber auch hier der springende Punkt zu sein. Moralisch gesehen ist das Vorgehen auf das schärfste zu verurteilen. Den Arbeitslosen sollten die wenigen Pfennige, die sie noch als Unterstützung bekommen, zur notwendigsten Deckung ihrer Lebenshaltung belassen werden. Die Anbiederung bei den Unternehmern durch Annoncen in der „Gewerkschaftszeitung“ ist verwerflich.

Daß die Hirsche auch neuerdings sich dazu hergeben, fachliche Gutachten über Rohmaterialien, wie sie es mit einem Gutachten über Cietonia (einem Cremefett) getan haben, deutet auf eine bedenkliche Situation hin. Wir können uns nicht gut vorstellen, daß die Firma Mann u. Scheidemann-Berlin, die dieses Produkt vertreibt, ohne irgendeine Gegenliebe das Recht erhält, in marktschreierischer Weise ein Gutachten im Sonderdruck zu veröffentlichen und an die Verbraucher mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Hirsch-Dunckersche Gewerkschaft herausgibt. Was die Hirsche-Gewerkschaft an und für sich mit einer derartigen Geschäftsreklame in Form von langatmigen Gutachten zu tun hat, bleibt für uns als freie Gewerkschaft ein Buch mit sieben Siegeln.

## Notverordnete Tatsachen

Nach dem Pressenotrecht ist es verboten, unwahre oder entstellte Tatsachen zu behaupten oder zu verbreiten. Wir werden daher der Regierung, um in ihrer Ausdrucksweise zu bleiben, „unwahre Tatsachen“ nicht nachsagen. Um Ruhe und Ordnung zu sichern, sind auch die Bezüge der Invalidenrentner, der Witwen und Waisen der Armut der Nation entsprechend angepaßt worden. Dies sei an folgender Tatsache dargelegt:

Der Witwe W. stand vor Inkrafttreten der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 für ihre 5 Kinder unter 15 Jahren eine Waisenrente von zusammen 1318,90 Mk. zu. Sie selbst erhielt als Witwe eine Witwenrente von 345,34 Mk. Die Gesamtbezüge der Witwe und ihrer Kinder betrugen 1664,24 Mk. jährlich.

Nach dem 5. Teil Kapitel IV Abschnitt 1 §§ 5 und 11 der 4. Notverordnung dürfen die Hinterbliebenenrenten aus der Invalidenversicherung zusammen nicht höher sein, als die Rente einschließlich Kinderzuschuß, die dem Verstorbenen aus der Invalidenversicherung zur Zeit seines Todes zustand oder zugestanden hätte, wenn er zu diesem Zeitpunkt invalide gewesen wäre. Anderenfalls werden sie gekürzt.

Der Ehemann der Witwe W. hätte im Falle der Invalidität eine Invalidenrente nebst Kinderzuschuß für 5 Kinder im Betrage von 1127,56 Mk. erhalten. Die bisher gezahlte Waisenrente und Witwenrente überschreitet mithin die Invalidenrente des Verstorbenen um 536,68 Mk. jährlich. Dieser Betrag wurde infolge der Bestimmungen der 4. Notverordnung der Witwe und ihren Kindern vom 1. Januar 1932 an gekürzt. Die Waisenrente betrug dann jährlich für jedes Kind 177,60 Mk. oder monatlich 14,80 Mk. Für 5 Kinder wurden danach nun monatlich 74 Mk. gezahlt. Die Witwenrente im Betrage von 345,34 Mk. wurde um 111,38 Mk. jährlich auf 232,80 Mk. gekürzt, so daß monatlich 19,40 Mk. zur Auszahlung kamen. Zusammen mit den 5 Waisenrenten von 74 Mk. erhielt die Witwe für sich und ihre Kinder eine Rente von 93,40 Mk.

Nach der Notverordnung vom 14. Juni 1932 wurde die Witwenrente um 5 Mk., jede Waisenrente um 4 Mk. gekürzt. Zusammen betrug die monatliche Kürzung für die Witwen- und Waisenrente nochmals 25 Mk., so daß die Witwe W. statt 93,40 Mk. nur 68,40 Mk. vom 1. Juli 1932 an erhält.

Nachdem nunmehr die Sünden des „Wohlfahrtsstaates“, der aus Invaliden, Witwen und Waisen rentensüchtige Individuen gemacht hatte, durch die Notverordnung beseitigt und die Renten der Armut der Nation angepaßt sind, geben wir eine Gesamtübersicht über ihre Auswirkungen. Das Reichsversicherungsamt berichtet, daß die Rentenbewegung im ersten Vierteljahr 1932 erheblich von derjenigen der vorhergehenden Vierteljahre abweicht. Eine geringe Zunahme ist nur für die Invalidenrenten zu verzeichnen. Die Wegfälle der Kinderzuschüsse wurden mit 100 000 Mk. in Ansatz gebracht und mit einem verbleibenden Bestand von 400 000 Mk. Kinderzuschüsse gerechnet. Am 1. Januar 1932 wurden 396 000 Kinderzuschüsse ermittelt. An Witwenrenten ist eine Abnahme des Bestandes um 135 000 Mk. anzunehmen. Auch Waisenrenten werden über das 15. Lebensjahr hinaus nicht mehr gezahlt. Bei diesen ergab sich ein Wegfall in Höhe von etwa 191 000 Mk. So wirkte sich die 4. Notverordnung zahlenmäßig aus.

Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 betrifft nicht die Zahl der Renten, sondern deren Höhe. Ohne Rücksicht auf die Höhe der Renten wurde die Invalidenrente um 6 Mk., die Witwenrente um 5 Mk. und die Waisenrente um 4 Mk. pro Monat gekürzt. Für neu bewilligte Renten wurde der Grundbetrag der Invalidenrente, der bisher für alle Lohnklassen 168 Mk. betrug, auf 84 Mk., der Kinderzuschuß von 120 Mk. auf 90 Mk. im Jahre herabgesetzt. Bei der Witwen- und Witwenrente wurden bisher sechs Zehntel des Grundbetrages und des Steigerungsbetrages der Invalidenrente gezahlt. Die Notverordnung setzt diese auf fünf Zehntel bei der Waisenrente für jede Waise auf vier Zehntel des Grundbetrages und des Steigerungsbetrages der Invalidenrente herab. Durch die 4. Notverordnung ist eine Einsparung von 110 Millionen Mark zugunsten der Landesversicherungsanstalten, durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 eine Einsparung von 220 Millionen Mark in Rechnung gestellt worden. Das bedeutet eine Gesamteinsparung der Leistungen für die Invaliden, Witwen und Waisen von 330 Millionen Mark pro Jahr. Diese Millionen Renten Kürzungen sind ungefähr ein Drittel der Rentenlast, die die Versicherungsträger im Jahre 1931 zahlen mußten. Wir stimmen rückhaltslos dem zu, was „Der Deutsche Volkswirt“ in Nr. 38 über die Auswirkung der Notverordnung schreibt: „War die Regierung Brüning rücksichtslos, so ist die Regierung Papen erbarmungslos.“ Seid auch am 6. November gegen die Reaktion rücksichtslos und jagt sie erbarmungslos weg! Wählt Liste 2.

Advokatus.



**Biersteuereinnahmen.** Im September wurden insgesamt 22,85 Millionen Mark an Reichsbiersteuer vereinnahmt. Der Rückgang gegenüber dem Vormonat beläuft sich auf rund 360 000 Mark. Im gleichen Monat des Vorjahres wurden 38,38 Millionen Mark eingenommen. Der im Vergleich zur vorigen Jahr recht auffällige Einnahmeschwund ist nicht nur auf die Herabsetzung der Biersteuer zurückzuführen, sondern hat auch seine Ursache in dem starken Rückgang des Bierverbrauchs infolge der Wirtschaftskrise. Im Voranschlag des Reichshaushaltsplanes sind die Einnahmen aus der Biersteuer mit 300 Millionen Mark eingesetzt. Im Monatsdurchschnitt müssen demzufolge 25 Millionen Mark aufkommen. Diese Summe wurde in den ersten sechs Monaten nur im Mai vereinnahmt.

**Unternehmertum**

**Sie haben die Nase voll!** Wie jetzt bekannt wird, verzichtet der Fleischermeister Freybe, Stettin, mit Rücksicht auf seine Gesundheit, auf eine Kandidatur zur Reichstagswahl. Der um die Gammel-Blutwurst rühmlichst bekanntgewordene Obermeister Schneidewind, Köln, verzichtet ebenfalls. Beiden Durchfallkandidaten scheint die bessere Erkenntnis aufgekommen zu sein, lieber von vornherein auf eine Kandidatur zu verzichten, weil ihnen dann die Blamage der Niederlage erspart bleibt. Solange die Hü-und-Hott-Politik der „Mittelständler“ bleibt, besteht wenig Aussicht, politisch zur Geltung zu kommen. Freybe und Schneidewind haben das erkannt und ziehen lieber einen Verzicht dem späteren blamablen Durchfall vor.

**Konditorenmesse Berlin.** Vom 18. bis 20. Oktober fand im Zoo die Konditorenmesse statt. Von Ausstellern war sie gut besichtigt. Nach all meinen Berichten dürfte sich das Geschäft in mäßigen Grenzen bewegt haben. Auswärtige Käufer waren nur wenige erschienen. Das Interesse für die Veranstaltung konzentriert sich immer mehr auf den Bezirk Berlin. Auch der Besuch mußte als befriedigend bezeichnet werden. Die angegliederte Fachausstellung für das Konditorenhandwerk zeigte wiederum hervorragende Leistungen. Das Bäckerhandwerk hatte dieses Jahr nicht ausgestellt. Auffällig war die Feststellung, daß durchweg alle Schaustücke des Konditorenhandwerkes von Arbeitnehmern und Fachschullehrern hergestellt und die Aussteller ausschließlich größere Berliner Konditoreibetriebe waren. Allgemein betrachtet ist zu befürchten, daß die Abhaltung der Messe sich immer mehr zu einem Vorwand gesellschaftlicher Veranstaltungen für das Berliner Bäcker- und Konditorenhandwerk auswächst. Die von der Berliner Bäcker- und Konditoren-Innung arrangierten Festlichkeiten steuern darauf hin.

**Gegnerische Organisationen**

**Berichtigung.** Zu unserer in Nr. 42 der „Einigkeit“ veröffentlichten Notiz „Mit Speck fängt man Mäuse“ erhielten wir von der Bezirksgeschäftsstelle Koblenz des Zentralverbandes der Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter Deutschlands folgende Berichtigung durch den Verbandsangestellten Düpper:

„Unwahr ist, daß am 12. Oktober 1932 oder im Monat Oktober in Koblenz eine Versammlung der Fachgruppe der Bäcker und Konditoren im Zentralverband der Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter Deutschlands stattgefunden hat. Infolgedessen sind auch die in dem Artikel gemachten Angaben über den Inhalt des angeblich gehaltenen Referats unwahr.“

In einem Begleitschreiben wird dazu noch bemerkt, daß die Versammlung nicht stattfinden konnte, weil am Tage vorher in sämtlichen Räumen des katholischen Gesellenhauses ein Bazar stattgefunden hat und die Säle infolgedessen noch nicht zur Verfügung standen. Diese Berichtigung ist mehr als originell, so komisch wie der Hinweis, die Berichtigung auf Grund des § 11 des „Preussischen“ Pressegesetzes zu veröffentlichen.

Wenn der christliche Bezirksleiter Düpper wieder in Verlegenheit kommt, an eine Zeitung eine Berichtigung zu schicken, dann machen wir ihn heute schon aufmerksam, daß ein Reichsgesetz über die Presse und kein preussisches Pressegesetz besteht.

Zur Sache. Uns liegt eine „Freundliche Einladung“ zu einer Versammlung am 12. Oktober im Kolleg des Kolpinghauses vor. Nach der uns zugegangenen Berichtigung konnte diese Versammlung nicht stattfinden, weil am Tage vorher in sämtlichen Räumen des katholischen Gesellenhauses ein Bazar stattgefunden hat. Sicher war der Andrang der Versammlungsteilnehmer so gewaltig, daß die Erschienenen unmöglich in einem anderen Raum untergebracht werden konnten. Düpper blieb es somit erspart, seine Geheimnisse über das Selbständigwerden den Bäckern, Konditoren und Metzgern zu offenbaren. Oder hat der Speck in der Einladung nicht gezogen?

**Internationales**

**Flotter Aufstieg der Bruderorganisation in der Schweiz.** Seit 1929 hat unsere schweizerische Bruderorganisation eine Mitgliederzunahme von 7000 aufzuweisen. In dieser Zeit erhöhte sich der Mitgliederstand von 14 000 auf

21 000. Auch wird über bedeutende Erfolge in ihrer Tarifpolitik berichtet. Ende 1923 bestanden 113 Tarifverträge für 1867 Betriebe mit 13 210 beschäftigten Personen. Damals waren die Metzger mit 2723 den Tarifen unterstellten Personen als stärkste Gruppe vertreten. Ende 1926 waren vorhanden 106 Tarifverträge für 532 Betriebe mit 9952 beschäftigten Personen. Aus dieser Aufstellung ist ein starker Rückgang der dem Tarif unterstellten Personen im Metzgergewerbe zu sehen. Dadurch rückten mit 1726 Personen die Brauereiarbeiter an die erste Stelle. Das Ergebnis vom 1. Juli 1932 brachte 134 Tarifverträge für 589 Betriebe mit 14 056 beschäftigten Personen. Hierbei ist die Mehl- und Zucker verarbeitende Industrie mit 2189 Personen, die Fleischindustrie mit 905, die Getränkeindustrie mit 2576, diverse Lebens- und Genussmittelindustrien mit 447, die Warenvermittlung mit 4211, Transportbetriebe mit 1918, der Gartenbau mit 618 und diverse Berufe mit 1190 Personen vertreten. Von den in den Tarifbetrieben beschäftigten Personen gehören 9468 ihrer vertragschließenden Gewerkschaft an. Darunter sind 2045 Arbeiterinnen. 67,4 Proz. der in den Tarifbetrieben Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert.

Dieser gute Stand der Tarifverträge beweist, daß auch die Gewerkschaft in der Lage ist, selbst bei der niedergehenden Wirtschaftskonjunktur, ihr Tarifnetz weiter ausspannen zu können. Wir werden noch auf den Inhalt der Tarifverträge zurückkommen.

**Polen.** In der Nachkriegszeit wurde auch im Bäckerhandwerk zum mechanischen Großbetrieb übergegangen. Hierbei haben sich besonders stark die Kommunalverwaltungen engagiert und bedeutende Beträge zur Errichtung solcher Großbäckereien ausgeworfen. Sie rechneten mit großen Reingewinnen und der allmählichen Kommunalisierung der Brotversorgung. Das Gegenteil trat jedoch ein. Bedeutende Zuschüsse waren zur Aufrechterhaltung dieser Großbäckereien in vielen Kommunen erforderlich. Hinzu kam weiter, daß sich in diese Betriebe Elemente drängten, die alles andere, nur keine Fachleute waren. Pleitegegangene Bäckermeister wurden durch Protektion mit der Betriebsleitung beauftragt. Ihnen fehlte jedoch alle Kenntnis zur Ueberwachung der Organisation eines Großbetriebes. Auf der gleichen Linie lag auch die kaufmännische Leitung, wo ebenfalls durch Protektion Leute ans Ruder kamen, die nicht immer eine weiße Weste an hatten. Es mußte so kommen, wie von den Gewerkschaften schon seit Jahren vorausgesagt wurde. Durch diese Mißwirtschaft, den hinzukommenden Niedergang der Wirtschaft waren viele Gemeinden nicht mehr in der Lage, die Großbäckereien weiter zu subventionieren. Ein Zusammenbruch folgte auf den anderen. Die Gemeinden, die rechtzeitig gewahr werden mußten, daß ihre Großbäckereien nur ein Defizitgeschäft sind, haben frühzeitig diese Betriebe abgestoßen. Sie kamen immerhin noch mit einem blauen Auge davon. Anders liegt es in solchen Städten, in denen immer wieder versucht wurde, in die unrentablen Betriebe Mittel aus den Gemeindekassen zu pumpen und nicht der Ursache der Unrentabilität nachgegangen wurde. Dort sind bedeutende Schäden für die Stadtgemeinden entstanden. Der Schlußeffekt ist nunmehr, daß jahrelang hindurch unsaubere Elemente auf Kosten polnischer Gemeinden ein flottes Dasein führten. Jetzt, wo sie durch den Zusammenbruch außer Lohn und Brot gekommen sind, können sie nicht genug über diese kommunalen Unternehmungen schimpfen.

**Tschechoslowakei.** Die Brauereien in Pilsen sind nunmehr alle in einem Konzern zusammengefaßt. Den Schlußstein zu dieser Entwicklung bildete die am 20. Oktober vollzogene Fusion der Böhmisches Pilsner Brauerei A.-G. (Weltbräu) und der Ersten Pilsner Aktienbrauerei Gambinus. Die Brauerei „Bürgerbräu“, die das auch in Deutschland bekannte Urquell-Pilsner herstellte, und die „Gambinusbrauerei“ sind bereits im Jahre 1927 eine Interessengemeinschaft eingegangen. Von ihnen wurde vor und auch nach diesem Zeitpunkt kleinere Betriebe aufgekauft. Die Fusion mit der Weltbräu-Brauerei wurde begünstigt durch die wachsenden Absatzschwierigkeiten, die dem tschechischen Bier auf dem Weltmarkt entstehen. Durch gemeinsame Arbeit, unter Ausschaltung der gegenseitigen Konkurrenz wird nunmehr versucht werden, den Auslandsabsatz zu bessern. Die neuerstandene Firma trägt den Namen „Vereinigte Pilsner Aktienbrauereien“.

**Literatur**

**Mein Vorurteil gegen diese Zeit.** 100 Holzschnitte von Karl Rössing. 209 Seiten. In Ganzleinen, Preis für Mitglieder der Büchergilde 2,70 Mk. Verlag: Die Bücher-gilde, Berlin SW 61.

Die Holzschnitte von Rössing sind in des Wortes wahrster Bedeutung populäre Kunst. Jeder versteht sie. Jeder findet sich sofort in sie hinein. Sie geben inhaltlich und formell kein Rätsel auf. Dabei vermeiden sie plumpe Unterstreichungen und imponieren gerade durch eine ihnen innewohnende Unparteilichkeit. Die Wucht ihres Angriffes wird dadurch gesteigert, daß der Künstler die von ihm verfolgte Absicht nicht plakatmäßig voransetzt. Rössing wirkt gerade durch sein naives Erstaunen den Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens gegenüber. Aus allen seinen Bildern spricht der Mensch, der sich sein Urteil bewahrt hat.

**Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht.** Von Clemens Nörpel und Dr. Kurt Gusko. 172 Seiten. Preis in Leinen gebunden 3,50 Mk. Organisationspreis 2,60 Mk. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, Inselstr. 6a.

Den Gewerkschaftsfunktionären ist in dem vorliegenden Buch ein neuer Helfer erstanden. Es enthält eine Uebersicht über die Entstehung der heute geltenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen sowie eine gemeinverständliche und zuverlässige Schilderung der gegenwärtigen Rechtslage. In dem gegenwärtig so schweren Kampf um die Erhaltung und die Durchsetzung der Arbeiterrechte wird dieses Buch, ebenso bei der Aufklärung der noch abseits stehenden Arbeiter, wie auch bei der Einführung des gewerkschaftlichen Nachwuchses in die Gewerkschaftsarbeit ein wackerer Mitstreiter sein.

**Mensch und Affe.** Von Prof. Dr. Heinrich Schmidt. Vierte Buchbeigabe zu den „Urania“ Kulturpolitischen Monatsheften. Reich illustriert. 78 Seiten. Preis kart. 1,30 Mk., in Ganzleinen 1,80 Mk., Vorzugsauflage 2,40 Mk. Urania-Freidenker-Verlag, Jena.

Stammt der Mensch wirklich vom Affen ab? Diese Frage, einstmals im Streit um Darwin und Haeckel heiß umstritten, hat in der neuesten Zeit auch in der Öffentlichkeit wieder erhöhtes Interesse und vielfache Erörterung gefunden. In der hier angezeigten wertvollen Schrift legt der Verfasser das Tatsachenmaterial, das der Frage und ihrer Beantwortung zugrunde liegt, allen naturwissenschaftlich und weltanschaulich interessierten Kreise in knapper und doch vollkommen ausreichender Weise vor.

**Anzeigen**

**Warum Zuschußkasse?**

Werte Kollegen! Durch die verschiedenen Notverordnungen ist das Krankengeld in erheblicher Weise herabgedrückt worden. Infolge Lohnabbau und Kurzarbeit werden die Kollegen in niedrigeren Klassen eingereiht. Trifft nun einen Kollegen ein Unfall oder eine Krankheit, ist er nicht in der Lage, von dem ihm zustehenden Krankengeld seiner Gesundheit fördernd leben zu können. Das Krankengeld reicht kaum für die Ernährung aus. Miete und andere muß ohne Rücksicht auf die jetzige Einnahme des Kranken ohne weiteres in alter Weise weitergezahlt werden. Wer dann nicht über Ersparnisse verfügt, und leider waren diese den meisten nicht möglich, wird unbedingt in eine wirtschaftliche Notlage geraten. Mancher hätte bei genügender Ernährung in kürzester Zeit wieder hergestellt sein können, da aber diese fehlte, verfiel er langsamem Siechtum. Um all diesem vorzubeugen, empfiehlt sich ohne weiteres, trotz der schlechten Lage, der Beitritt zu einer Zuschußkasse. Es ist eine Sparkasse in wahrstem Sinne des Wortes und kommt jedem gerade in dem Augenblick zugute, wo die Not am größten. Für unsere Kollegen ist die

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Böttcher, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter**

die gegebene Zuschußkasse. Sie besteht seit über 50 Jahren. Jeder kann sich nach seinem Belieben mit einem Beitrag von 40 oder 60 Pfennig pro Woche versichern und erhält im Krankheitsfalle einen wöchentlichen Zuschuß von 6.— Mk. resp. 9.— Mk. die Woche, auf die Dauer bis zu einem halben Jahr, außerdem ein Sterbegeld Aufnahme bis zum 45. Lebensjahre, Eintrittsgeld eine Mark. In Deutschland befinden sich rund 70 Zahlstellen. Wo noch keine besteht, kann Gründungsmaterial umgehend zugestellt werden. Jede Auskunft wird umgehend von dem Unterzeichneten erteilt.

Mit kollegialem Gruß

Albert Kindt, Hauptkassierer, Bremen, Wiechmannstr. 4

Folgende Kollegen feiern im III. und IV. Quartal ihr 25jähriges Verbandsjubiläum:

- Ignatz Raab, Brauer, Dortmunder Ritter-Brauerei
- Wilhelm Herrmann, Böttcher, Dortmunder Union-Brauerei
- Bernhard Reiffmann, Böttcher, Dortmunder Union-Brauerei
- Heinrich Kramer, Bäcker, Fa. Ackermann & Co. (Holbutko)
- Hermann Glur, Maurer, Dortmunder Ritter-Brauerei
- Johann Hutter, Brauer, Dortmunder Union-Brauerei
- Otto Orf, Brauereiarbeiter, Stiftsbrauerei Dortmund-Hörde
- Alois Schwarz, Brauer, Dortmunder Ritter-Brauerei
- Max Salcher, Angestellter
- Anton Schmalenstroer, Heizer, Dortmunder Union-Brauerei
- Meinolf Sahlmen, Bierfahrer, Dortmunder Union-Brauerei
- Robert Jenschek, Brauer, Dortmunder Ritter-Brauerei
- Johann Kraftke, Mühlenarbeiter, Dortmund-Mühlen-Werke
- Michael Büttner, Brauer, Dortmunder Ritter-Brauerei
- Theodor Iendahl, Böttcher

Den Jubilaren unsere herzlichsten Glückwünsche. [15.—] **Ortsgruppe Dortmund**

Ein dreimal kräftiges Hoch unserm Braumeister Rudolf Krause zu seinem Geburtstag. Die Arbeiterschaft der Engelhardt-Brauerei, Weißwasser O./L. [3,60]

Unserm Koll. Clemens Schneider zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Die Kollegen der Brauerei Hülsman, Wanne-Eickel, und Ortsgruppe Bochum

Unserm Kollegen Gustav Sander und seiner lieben Frau zur goldenen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]

Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Rotha b. Leipzig

Unserm Koll. Math. Ostermann nebst seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]

Ortsgruppe Trier

Unserm Kollegen Heinrich Höhn, Maschinist, Hofbräuhaus Koburg, zu seinem 40jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]

Ortsgruppe Koburg

Unserm Kollegen Guido Hänel nebst seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Silberhochzeit. [1,80]

Die Kollegen vom Fahrpersonal der Schloßbrauerei zu Chemnitz

Unserm langjährigen Kollegen Joseph Moll und seiner lieben Gattin zur Silberhochzeit nachträglich die besten Glückwünsche.

Die Kollegen der Ortsgruppe Kempten [1,80]

Unserm Schriftführer, dem Koll. Ernst Schneider nebst Gattin die herzlichsten Glückwünsche zur Geburt ihres Töchterleins. [1,80]

Sektion der Fleischer Ortsgruppe Stuttgart,

Unserem lieben Verbandskolleg. und Mitarbeiter Johann Bohle zum 25 jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Weingesellschaft Kahn, Bonn, Ortsgruppe Bonn, Bezirksleitung Köln [2,10]

Unserm Kollegen Wilh. Thewen nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. [1,80]

Die Kollegen der Rosiny-Mühle und die Ortsgruppe Duisburg

**Nachruf!**

Im III. Quartal wurden uns durch den Tod folgende Kollegen entrissen:

Gustav Dammernann, Brauereiarbeiter, Brauerei Kronenburg

Johann Gunkel, Brauer, Dortmunder Union-Brauerei

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren. [7,80]

**Ortsgruppe Dortmund**

**Nachruf.**

Im 3. Quartal 1932 sind durch Tod nachfolgende Verbandsmitglieder von uns geschieden:

Eugen Schäfer, Bierfahrer

Franz Kaiber, Böttcher

Johann Alt, Süßwarenarbeiter

Josef Burkhauser, Bäcker

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren. [9,60]

**Die Ortsgruppe Würzburg**

# Frauenrecht

JAROSLAV HÁSEK:

## Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer  
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner  
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

42. Fortsetzung

„Was soll ich mit ihm machen?“ fuhr es dem Oberleutnant durch den Kopf, „er hat ja um Christiwillen so einen blöden Ausdruck.“

Und die gutherzigen, unschuldigen Augen erstrahlten unerschütterlich in Weichheit und Sanftmut, vereint mit dem Ausdruck eines völligen seelischen Gleichgewichtes, als wäre alles in Ordnung und nichts geschehen, und als ob, auch wenn etwas geschehen wäre, es doch nur in Ordnung sei, daß überhaupt etwas geschah.

Oberleutnant Lukasch sprang auf, versetzte aber Schwejk keinen Schlag, wie er ursprünglich beabsichtigt hatte. Er fuchtelte ihm vor der Nase mit der Faust herum und brüllte: „Sie haben den Hund gestohlen, Schwejk!“

„Melde gehorsamst, Herr Oberleutnant, daß ich von keinem solchen Fall während der letzten Zeit weiß und bin so frei, Herr Oberleutnant zu bemerken, daß Sie mitn Max Nachmittag spazieren gegangen sind, so daß ich ihn nicht hab stehn können. Mir wars gleich auffallend, wie Sie ohne Hund gekommen sind, daß wahrscheinlich was geschehn sein muß. Das nennt man Situation. In der Brenntengasse is ein gewisser Taschner Kunesch und der hat nicht mitn Hund spazieren gehn können, ohne daß er ihn verloren hätt. Gewöhnlich hat er ihn irgendwo im Wirtshaus gelassen, oder jemand hat ihm ihn gestohlen, oder jemand hat sich ihn ausgeborgt und nicht zurückgegeben.“

„Schwejk, Rindvieh, Himmellaudon, halten Sies Maul! Entweder sind Sie so ein raffinierter Nichtsnutz, oder Sie sind ein Kamel und ein ungeschickter Idiot. Sie sind nichts als Beispieler, aber ich sage Ihnen, mit mir spielen Sie sich nicht! Woher haben Sie diesen Hund gebracht? Wie sind Sie zu ihm gekommen? Wissen Sie, daß er unsern Herrn Oberst gehört, der sich ihn wieder genommen hat, wie wir einander zufällig begegnet sind? Wissen Sie, daß das ein schrecklicher Skandal ist? Also sagen Sie die Wahrheit, haben Sie ihn gestohlen oder nicht?“

„Melde gehorsamst, Herr Oberleutnant, ich hab ihn nicht gestohlen.“

„Haben Sie davon gewußt, daß es ein gestohlener Hund ist?“

„Melde gehorsamst, Herr Oberleutnant, ich hab gewußt, daß der Hund gestohlen is.“

„Schwejk, Jesusmaria, Himmelherrgott, ich erschieß Sie, Sie Vieh, Sie Rind, Sie Ochs, Sie Häusl, Sie. Sind Sie so blöd?“

„Melde gehorsamst, ich bin so blöd, Herr Oberleutnant.“

„Warum haben Sie mir einen gestohlenen Hund gebracht, warum haben Sie mir diese Bestie in die Wohnung gesetzt?“

„Damit ich Ihnen eine Freude mach, Herr Oberleutnant.“

Und Schwejks Augen schauten gutmütig und sanft dem Oberleutnant ins Gesicht, der sich setzte und seufzte:

„Warum straft mich Gott mit diesem Rindvieh?“

In stiller Resignation saß der Oberleutnant auf dem Stuhl und hatte das Gefühl, als habe er nicht nur nicht die Kraft Schwejk eine Ohrfeige zu geben, sondern nicht einmal die, sich eine Zigarette zu drehen; er wußte selbst nicht, warum er Schwejk um die „Bohemia“ und um das „Tagblatt“ schickte, damit dieser das Inserat des Obersten über den gestohlenen Hund lese.

Mit den beim Inseratenteil auseinandergefalteten Zeitungen kehrte Schwejk zurück. Er blickte strahlend drein und meldete freudig: „Es is dort, Herr Oberleutnant, so hübsch beschreibts ihn der Herr Oberst, diesen gestohlenen Stallpintcher, daß es eine Freude is, und gibt noch 100 Kronen Belohnung, wer ihn ihm bringt. Das is eine sehr hübsche Belohnung. Gewöhnlich gibt man 50 Kronen. Ein gewisser Bozotech in Koschirsch hat sich nur so ernährt. Er hat immer einen Hund gestohlen, dann hat er in den Inseraten gesucht, wo sich einer verlaufen hat und is gleich hingegangen. Einmal hat er einen hübschen schwarzen Spitz gestohlen und weil der Besitzer sich nicht gemeldet hat, hat ers probiert und hat selbst ein Inserat in die Zeitung gegeben. Er hat einen ganzen Fünfer verinsertiert, bis sich schließlich ein Herr gemeldet hat, daß es sein Hund is, daß er ihn verlorengangen is und daß er gedacht hat, daß es umsonst wär, ihn zu suchen. Daß er nicht mehr an die Ehrlichkeit der Menschen glaubt. Daß er aber jetzt sieht, wie sich doch noch ehrliche Menschen finden, was ihn sehr freut. Er is herich grundsätzlich dafür, Ehrlichkeit zu belohnen. Dann hat er ihm zum Andenken sein Buch über die Pflege von Blumen in Haus und Garten geschenkt. Der liebe Bozotech hat den schwarzen Spitz bei den Hinterfüßen gepackt und ihn diesem Herrn um den Kopf geschlagen und seit der Zeit hat er sich verschworen, daß er nicht inserieren wird. Lieber verkauft er den Hund dem Wasenmeister, wenn sich niemand in den Inseraten um ihn melden will.“

„Gehn Sie sich legen, Schwejk“, befahl der Oberleutnant, Sie sind instand bis Früh zu blödeln.“ Er ging ebenfalls zu Bett und in der Nacht träumte ihm von Schwejk, daß dieser auch ein Pferd des Thronfolgers gestohlen und es ihm gebracht habe und daß der Thronfolger das Pferd bei der Truppschau erkannte, als er, der unglückliche Oberleutnant Lukasch, vor seinem Zug darauf ritt.

## Alle Frauen für Liste 2!

In diesem Wahlkampf kommt es auf die Frauen an! Sie entscheiden über das Schicksal der Nation, über das Schicksal der Familie, über das Schicksal des einzelnen! Frauen, erinnert euch, wie rechtlos ihr vor dem 9. November 1918 ward, erinnert euch, daß eure Rechte bedroht sind, wenn die Volksfeinde nicht vernichtet werden. Denkt daran, daß vom Frieden, den die Sozialdemokratie sichern und erhalten will, das Leben eurer Kinder abhängt. Wenn ihr eure Kinder liebt, dann sorgt für die Erhaltung des Friedens, dann sorgt für den Sieg der Sozialdemokratie.

Liste 2 — das ist das Glück eurer Kinder, Liste 2, das ist der Aufstieg eurer Kinder.

**Der Sonderschutz der Frau im internationalen Arbeitsrecht.**

**Mutterschutz:** Übereinkommen von 1919 - Ratifiziert von 11 Staaten. Verbot der Beschäftigung von Frauen in gewerblichen öffentlichen und privaten Betrieben 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Niederkunft. Empfehlung von 1921: In landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigte Frauen haben Anspruch auf Ruhezeit vor und nach der Niederkunft.

**Nachtarbeit:** Übereinkommen von 1919 - Ratifiziert von 25 Staaten. Verbot der Beschäftigung von Frauen in öffentlichen und privaten gewerblichen Betrieben zwischen 22 Uhr und 5 Uhr. Empfehlung von 1921: In landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigte Frauen haben Anspruch auf Nachtruhezeit von 9 Stunden.

**Gesundheitsschutz:** Übereinkommen von 1921 - Ratifiziert von 19 Staaten. Verbot der Beschäftigung von Frauen bei Malerarbeiten, bei denen Bleiweiß, Zinnblei usw. verwendet werden. Empfehlung von 1919: Angenommen von 19 Staaten. Schutz der Frauen gegen Bleifahrten durch Verbot der Beschäftigung bei bestimmten Verrichtungen.

**Statistisches Diagramm:** Ratifikationen und Empfehlungen für Mutterschutz, Nachtarbeit und Gesundheitsschutz.

Kategorie	1919	1921
Mutterschutz	11	12
Nachtarbeit	25	15
Gesundheitsschutz	19	11

Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag befaßt sich zur Zeit auf Veranlassung des Völkerbundsrats mit der Frage der Auslegung der internationalen Konvention über die Nachtarbeit von Frauen. Diese wichtige Frage nimmt in der sozialpolitischen Gesetzgebung neben den anderen für den Sonderschutz der Frau getroffenen Abkommen und Empfehlungen einen besonderen Platz ein. Weitgehend wurde bisher schon, wie unserem Schaubild im einzelnen zu entnehmen ist, die besondere gesellschaftliche Aufgabe der Arbeiterin als Frau und Mutter zu berücksichtigen versucht. Besonders war es die Regelung des Mutterschutzes in der Sozialgesetzgebung, die von der Internationalen Arbeitsorganisation als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben vorgenommen wurde. Auch die bedeutungsvolle Frage der Nachtarbeit der Frauen und der Gesundheitsschutz der Arbeiterinnen wurde in einer Reihe von Ländern durch einheitliche Maßnahmen gesetzgeberisch gefördert und so gegenüber der Willkür der Vorkriegszeit weitgehende Maßnahmen zum Schutz der arbeitenden Frau getroffen.

Am Morgen war dem Oberleutnant zu Mut, wie nach einer durchzechten Nacht, in der man ihn geohrfeigt



„Melde gehorsamst, Herr Oberleutnant, ich gefall mir nicht“

hatte. Irgendein ungewöhnlich schwerer seelischer Alb verfolgte ihn. Gegen Früh, entkräftet von dem fürchterlichen Traum, schlief er noch einmal ein und wurde von

Liste 2, das ist das Leben eurer Kinder! Daran müßt ihr im Kampfe um den neuen Reichstag denken.

Mit Lug und Trug haben die Nazis ihre Stimmen und Mandate ergaunert — jetzt müssen die Frauen sie entlarven helfen und dem Volke zeigen, daß sie nicht nur ihre Versprechungen nicht erfüllen, sondern auch die einfache Frauenwürde verletzen und gemein beschimpfen. Es sind Nationalsozialisten gewesen, die den grausamen Mord von Potempa verherrlichten. Ihre Gemeinheit krönten sie, indem sie noch die freche Lüge in die Welt setzten, daß die Mutter des ermordeten Pietrzuch gesagt habe, „es sei ein Glück, daß der Hacher tot“ sei. Eine arme Mutter haben sie in ihrer Gemeinheit geschändet, die um den ermordeten Sohn trauerte!

Auch diese Tatsache beweist, wie die Nationalsozialisten die Frauenwürde achten! Nur die verlumpte Gesinnung von Nazis konnte einer Mutter unterstellen, daß sie von der Ermordung ihres eigenen Sohnes erfreut sei. Als sich die Mutter Pietrzuchs gegen diese Nazi-Gemeinheit wehrte, als sie den Versuch machte, die falsche Behauptung in der Nazi-Presse zu berichtigen, da hatten die nationalsozialistischen Edeling nur Hohn und Spott übrig, jedenfalls dachten sie nicht daran, die Ehre einer Mutter wieder herzustellen.

Wer sich einer Frau gegenüber so verhalten kann, der wird nicht zögern, alle anderen Frauen in der gleichen Weise zu beschimpfen. Jede Frau hüte sich vor den Nazis!

Alle Frauen müssen Aufklärung schaffen und für die Liste 2 werben!

## Dienen und gehorchen!

Das ist das Leitmotiv der national„sozialistischen“ Rassetheoretiker und „Erneuerer“ Deutschlands. Ihr ganzer Haß und ihre kulturfeindliche Politik richtet sich gegen die erwerbstätige Frau. Warum? Weil sie der Meinung sind, daß es nur Aufgabe des Mannes sein kann und darf, am Aufbau des Staates und seiner Gestaltung mitzuwirken. Auf der anderen Seite aber ist die Frau gut genug, für das Kanonenfutter der Schlachtfelder zu sorgen und dahin zu wirken, daß die Ausbeuter dauernd genug ausbeutungsfähige Proletarier bekommen. Kein Geringerer als der „Wirtschaftstheoretiker“ der Nazis, der Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder bekennt sich offen und rücksichtslos zu der Forderung, daß die Frau Magd und Dienerin sein soll. In einem Aufsatz über die Frau führte er aus:

„Der Jude hat uns die Frau gestohlen durch die Form der Geschlechtsdemokratie. Wir Jungen müssen ausziehen, um den Lindwurm zu töten, damit wir wieder zum Heiligsten kommen, das es auf der Welt gibt: zur Frau, die Magd und Dienerin ist.“

Gleichberechtigung nennen die Nazis „Geschlechtsdemokratie“. Nie ist die Frau offener und rücksichtsloser beleidigt worden, als durch den Nazibonzen Feder. Wie kann es die Frau mit ihrem Gewissen vereinbaren, am 6. November die Naziartei zu wählen, wenn ihre Stimme dazu mißbraucht wird, sie rechtlos zu machen? Frauen! Wer am 6. November seine Stimme den Nazis gibt, besiegelt sein Schicksal selbst. Wählt die SPD.-Liste 2, die euch Gleichberechtigung gab und die euch zum Recht der freien Willensäußerung verhalf!

einem Pochen an der Tür geweckt; das gutmütige Gesicht Schwejks erschien darin. Schwejk fragte, wann er den Herrn Oberleutnant wecken solle.

Der Oberleutnant stöhnte im Bett: „Hinaus, Rindvieh, das ist ja schrecklich!“

Als er dann bereits wach war und Schwejk ihm das Frühstück brachte, war der Oberleutnant von der neuen Frage Schwejks überrascht: „Melde gehorsamst, Herr Oberleutnant, möchten Sie nicht wünschen, daß ich Ihnen einen andern Hund verschaff?“

„Wissen Sie, Schwejk, daß ich Lust hätte Sie vors Feldgericht zu schicken“, sagte der Oberleutnant mit einem Seufzer, „aber man würde Sie freisprechen, denn etwas so kolossal Dummes hat man sein Lebtage nicht gesehn. Schauen Sie sich im Spiegel an. Ist Ihnen nicht schlecht von ihrem blöden Ausdruck? Nun, sagen Sie die Wahrheit, Schwejk. Gefalln Sie sich?“

„Melde gehorsamst, Herr Oberleutnant, ich gefall mir nicht, ich bin in diesem Spiegel irgendwie schief oder so was. Da ham sie mal beim Chinesen Stanek so einen bauchigen Spiegel gehabt und wenn sich jemand hineingeschaut hat, hat er geglaubt, er muß kotzen. Das Maul so, der Kopf wie ein Geschirrschaff, der Bauch wie von einem besoffenen Kanonier, kurz, eine Figur. Der Herr Statthalter is vorbeigegangen, hat hineingeschaut und gleich ham sie den Spiegel heruntergeben müssen.“

(Schluß folgt.)